

Klänge werden plötzlich spürbar

Viele Menschen verbinden Musik ausschliesslich mit dem Gehör, obwohl Töne viel mehr als nur einen Sinn ansprechen können. Ein Bewusstsein dafür zu schaffen, war das Ziel der Aktion «Spüren statt hören» des Kulturlabors.

Text Anna Kiefer
Bilder Roberta Fele

SCHAFFHAUSEN. In den Räumlichkeiten des Kulturlabors an der Bachstrasse wird diese Woche nicht nur musiziert, die Klänge werden auch sichtbar und spürbar. Das Motto lautet: «Spüren statt hören». Beat Wipf und Rubén Fructuoso, die Leiter des «Kulturlabors.sh», haben diesen Anlass, der im Rahmen der Aktionstage Behindertenrechte stattfindet, organisiert.

«Ich denke, die Gesellschaft muss noch viel tun, um Inklusion wirklich zu leben», sagt Wipf. Es sei wichtig für die Allgemeinheit, darüber nachzudenken, wie wir diese Welt gestalten: «Wir wünschen uns doch eigentlich alle, dass wir uns überall frei bewegen können», sagt er. Deshalb sei es ihnen ein Anliegen gewesen, sich an den Aktionstagen zu beteiligen.

Kommunikation per Handy

In der Schweiz geht man von rund 10 000 vollständig gehörlosen Menschen aus. Bis zu einer Million Personen sind leicht bis hochgradig schwerhörig, geht aus dem Factsheet des Schweizerischen Gehörlosenbunds (SGB) hervor. Trotzdem werden gehörlose Menschen auch heutzutage oft von der Gesellschaft ausgegrenzt.

Doch wie zeigt sich diese Ausgrenzung im Alltag? Christa Notter ist diplomierte Gebärdensprachlehrerin an der interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH) in Zürich und gehörlos. Am Anlass «Spüren statt hören» sicherte sie die Verständigung zwischen gehörlosen und hörenden Menschen, indem sie beispielsweise Strategien zeigte, wie diese direkt miteinander kommunizieren können. Notter nimmt ihr Handy hervor und beginnt, die Antwort in ihr Handy zu tippen. Sie schreibt: «Es wäre schön, wenn alle das Grundvokabular der Gebärdensprache kennen würden, die erste Begegnung wäre dann schon einfacher.»

Ablehnung in der Gesellschaft

Treffe sie jemanden, biete sie meist die Kommunikation via Handy an, schreibt Notter. So könne eine Konversation auf Augenhöhe stattfinden. Zwar könne sie Lippenlesen, dies könne aber schnell zu Missverständnissen führen. Aber auch mit ihrer Handy-Kommunikation stösst sie oft auf Ablehnung in der Gesellschaft. «Wenn mich jemand anspricht und ich aufs Handy zeige, verkürzen Personen häufig das Gespräch», schreibt sie.

Um 14 Uhr füllt sich der Raum im Kulturlabor langsam. Einige Menschen der



Markus Zehnder nutzt die Gelegenheit im Kulturlabor, um sich musikalisch auszuprobieren.

Stiftung Ungarbühl sind gerade eingetroffen. Sie machen sich gleich ans Werk. Auf einem Tisch liegt ein Keyboard, an dessen Lautsprecher ein Blatt Papier befestigt ist. Sobald eine Taste gedrückt wird, schwingt das Papier durch die Schallwellen und die Töne sind nicht mehr nur hörbar, sondern auch sichtbar. Weiter hinten im Raum steht ein grosser Gong, daneben liegen Ballons. Durch die Schwingungen, die der Gong beim Anschlagen erzeugt, vibrieren auch die Ballons, was man dann fühlen kann.

Christa Notter konnte im Kulturlabor feststellen, dass sie und hörende Menschen eine unterschiedliche Wahrnehmung haben. Während Notter alle gespielten Töne eines Minikeyboards fühlen kann, fühlen die hörenden Menschen nur wenige der Töne. «Wir sind nicht ärmer an Wahrnehmung, weil wir nicht hören können. Das Visuelle und Haptische ist einfach viel sensibler», schreibt sie. In dem Factsheet des SGB steht: Viele Betroffene würden ihre Gehörlosigkeit nicht als körperliche Behinderung wahrnehmen, sondern als Behinderung durch die Gesellschaft.

Weitere Aktionen

Am 10. Juni finden im Kulturlabor an der Bachstrasse 27 in Schaffhausen zwei weitere Anlässe zu den Aktionstagen statt. Das inklusive Projekt «wir tanzen» wird ihre Choreografie aufführen. Im Anschluss daran werden verschiedene Fachpersonen über das Thema kulturelle Teilhabe diskutieren. Die Aufführung beginnt um 18 Uhr.



Die Salzkörner hüpfen mit den Schallwellen, so wird ein Geräusch plötzlich sichtbar.

Munz: Stundenpläne werden zu spät bekannt gegeben

SCHAFFHAUSEN. «Wann kommt endlich der verflixte Stundenplan?» Diese Frage dürften sich schon viele Eltern vor Beginn eines neuen Schuljahres gestellt haben. Schon 2023 fand im Kanton eine Petition, die für eine bessere Vereinbarung von Arbeit und Kinderbetreuung fixe Wochentage für den Nachmittagsunterricht von Primarschülern forderte, über 500 Unterschriften. SP-Grossstadträtin Livia Munz bringt das Thema nun in einer Kleinen Anfrage auf.

Kurzfristige Planung ist schwierig

Sie stört sich daran, dass die Stundenpläne in der Regel erst im Juni bekannt gegeben werden. «Gerade bei Unterstufenkindern ist die Betreuungssituation jedoch nicht gelöst, wenn Eltern bereits fixierte Arbeitstage haben, aber ein Hort oder eine Tagesmutter nicht kurzfristig umplanen können», schreibt sie. Die Verunsicherung führe bei vielen Eltern dazu, dass sie ihre Erwerbstätigkeit nicht erhöhten, auch wenn dies eigentlich möglich wäre.

Auch bei den Kindergärten sieht Munz Verbesserungspotenzial. Zwar werde dort der Stundenplan frühzeitig kommuniziert, die Planungssicherheit werde jedoch durch eine «späte und nicht vorhersehbare Zuteilung» der Kinder zu ihren Kindergartengruppen erschwert. Die Zuteilung werde in der Regel im April bekannt gegeben. Erwerbstätige Eltern könnten die Betreuung erst danach koordinieren. Kurzfristige Anpassungen seien bei vielen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Betreuenden so nicht möglich. «Dies führt dazu, dass Eltern provisorisch Tage buchen und auf Glück hoffen müssen, dass die Einrichtung oder Tageseltern den entsprechenden Kindergarten erreichen können, da Kindergartenkinder zu Beginn auch den Kindergartenweg nicht alleine zurücklegen können», so Munz. Sie will vom Stadtrat wissen, warum den Eltern die Informationen für Kindergarten- und Schulhauseinteilung so kurzfristig abgegeben werden und ob er Massnahmen zur Verbesserung der Situation plant. (r.)

Wahlwerbung: Werden die Daten der Stimmberechtigten genug geschützt?

Die Stadt hat Parteien, Komitees und Kandidierenden für die Wahlen Einblick in das Stimmregister gewährt. Grossstadtrat Thomas Weber (SP) äussert in einem Vorstoss Bedenken zur gängigen Praxis.

Fabienne Jacomet

SCHAFFHAUSEN. Für die nationalen Wahlen im vergangenen Jahr verschickte der damalige Ständerat Thomas Minder persönlich adressierte Wahlwerbung. Die Daten aus dem Stimmregister dafür hatte er unter anderem von der Stadt erhalten. Der kantonale Datenschutzbeauftragte schätzt diese Herausgabe damals gegenüber den SN als nicht kritisch ein.

Grossstadtrat Thomas Weber (SP) ist anderer Ansicht. In einer Kleinen Anfrage schreibt er, dass die Stadt die Einschätzung des Datenschutzbeauftragten kritisch hinterfragen sollte. Es gebe

zwar das Einsichtsrecht ins Stimmregister. «Das Einsichtsrecht hat aber nicht zum Ziel, Organisationen oder Parteien Wahlwerbung oder dergleichen zu ermöglichen, da mit dem Einsichtsrecht so oder so bereits das Risiko einhergeht, dass dadurch die Privatsphäre von Personen gefährdet wird.»

Auch dieses Jahr stehen Wahlen an. Zum Schutz der Personendaten sei zwar seitens des Datenschutzbeauftragten die Bedingung formuliert worden, dass die Bekanntgabe der Daten aus dem Register eine «schriftliche Verpflichtungserklärung» bedinge. Diese beinhalte, dass die Daten nur für den Versand von Werbung vor den aktuellen Wahlen benutzt, nicht weitergegeben und danach gelöscht werden.

«Unrealistisch»

Für Weber ist klar: «Diese Bedingung zum Schutz der Personendaten ist aufgrund der gelebten Praxis offensichtlich ungenügend und praxisfremd.» Parteien und Komitees oder Kandidie-

rende nützten regelmässig Cloud-Speicher wie Google Drive. Zudem seien sie meist als Milizorganisationen organisiert, heisse, «es besteht üblicherweise kein ausgeprägtes Wissen über Informationssicherheit und die notwendigen Schutzvorkehrungen». Zudem handle es sich bei Komitees um kurzfristige Verbindungen, eine Durchsetzung der Verpflichtungserklärung sei demzufolge unrealistisch, so Weber.

Er will deshalb vom Stadtrat wissen, ob dieser bereit sei, das Einsichtsrecht in das Stimmregister durch Parteien, Komitees und Kandidierende nochmals zu klären, und zwar bei einer unabhängigen Fachperson. Zudem fragt er, ob die Stadt 2023 von allen Empfängern der Personendaten eine unterzeichnete Vereinbarung abgeholt hat und ob die Daten über verschlüsselte Kanäle zugestellt wurden. Ausserdem fragt Weber, ob man der Komplexität des Datenschutzes gerecht werde, mit einem Datenschutzbeauftragten, den man mit dem Kanton teile.